

**Antrag 143/II/2024****Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****Doppelt unsichtbare Diskriminierungen sichtbar machen und bekämpfen! - Kurd\*innen & religiöse Minderheiten schützen**

1 Menschen, die als muslimisch gelesen werden, erleben  
 2 einen immer größer werdenden antimuslimischen Ras-  
 3 sismus. So belegt eine aktuelle Erhebung des Vereins  
 4 CLAIM, der sich gegen antimuslimischen Rassismus stark  
 5 macht, dass sich die Anzahl der Vorfälle in Deutschland im  
 6 Jahr 2023 im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt hat. Vie-  
 7 le Menschen, die hierzulande als Muslim\*innen gelesen  
 8 werden, erleben jedoch nicht nur diese Diskriminierungs-  
 9 form. Oftmals führt die simplifizierende Einteilung in die  
 10 als einheitlich verstandene Kategorie "Muslim\*innen" da-  
 11 zu, dass weitere Diskriminierungsmerkmale unsichtbar  
 12 bleiben. So erleben bspw. Kurd\*innen, Alevit\*innen oder  
 13 Êzîd\*innen eigene Formen von Rassismus und Unterdrü-  
 14 ckung. Man spricht hierbei auch von einer sogenannten  
 15 doppelten Diskriminierung: Zum einen durch die äußerli-  
 16 che Wahrnehmung als Muslim\*innen, zum anderen durch  
 17 ihre teils davon abweichende individuelle Zugehörigkeit.  
 18 Diese doppelte Diskriminierung ist allerdings in Deutsch-  
 19 land weitestgehend unsichtbar und sorgt für erhebliche  
 20 Benachteiligungen, Verurteilungen und Ausgrenzungen  
 21 der betroffenen Gruppen. Insbesondere wenn auch wei-  
 22 tere intersektionale Diskriminierungsmerkmale, etwa be-  
 23 züglich der geschlechtlichen Identität, hinzutreten, kann  
 24 sich der erlebte Rassismus nochmals verstärken. Als anti-  
 25 rassistischer Verband müssen wir all jene Diskriminierun-  
 26 gen sichtbar machen und bekämpfen.

27

**Gegen antikurdischen Rassismus! - Mehr Sichtbarkeit für kurdisches Leben**

30 Besonders betroffen von doppelt unsichtbarer Diskrimi-  
 31 nierung sind Kurd\*innen. Kurd\*innen leben hauptsächlich  
 32 in der Region Kurdistan, die sich über Teile der Türkei, des  
 33 Iran, des Irak und Syriens erstreckt. Sie sind die größte eth-  
 34 nische Gruppe ohne eigenen Staat, mit einer geschätzten  
 35 Bevölkerung von 30 bis 35 Millionen Menschen. Kurd\*in-  
 36 nen sind seit Jahrhunderten mit Rassismuserfahrungen  
 37 konfrontiert. Im Rahmen der Studie „Diversität und Ras-  
 38 sismus in der Migrationsgesellschaft mit dem Fokus (Anti-  
 39 )kurdischer Rassismus“ sprachen die befragten Kurd\*in-  
 40 nen von abwertenden Blicken, Beleidigungen, Hassäuße-  
 41 rungen, körperlicher Gewalt, Benachteiligungen in Asyl-  
 42 unterkünften und am Arbeitsplatz, bis hin zu Morddro-  
 43 hungen. Dieser Rassismus basiert auf Stereotypisierun-  
 44 gen von Kurd\*innen, die ungebildet, unwissend, gewalta-  
 45 ffin, staatenlos oder "Wilde" seien. Diese Erfahrungen wa-  
 46 ren in offiziellen Statistiken jedoch unsichtbar geblieben,  
 47 weil diese oftmals nur die Staatsangehörigkeit erfassen.  
 48 Jüngst erreichte folgender antikurdischer Vorfall besonde-

Menschen, die als muslimisch gelesen werden, erleben  
 einen immer größer werdenden antimuslimischen Ras-  
 sismus. So belegt eine aktuelle Erhebung des Vereins  
 CLAIM, der sich gegen antimuslimischen Rassismus stark  
 macht, dass sich die Anzahl der Vorfälle in Deutschland im  
 Jahr 2023 im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt hat. Vie-  
 le Menschen, die hierzulande als Muslim\*innen gelesen  
 werden, erleben jedoch nicht nur diese Diskriminierungs-  
 form. Oftmals führt die simplifizierende Einteilung in die  
 als einheitlich verstandene Kategorie "Muslim\*innen" da-  
 zu, dass weitere Diskriminierungsmerkmale unsichtbar  
 bleiben. So erleben bspw. Kurd\*innen, Alevit\*innen oder  
 Êzîd\*innen eigene Formen von Rassismus und Unterdrü-  
 ckung. Man spricht hierbei auch von einer sogenannten  
 doppelten Diskriminierung: Zum einen durch die äußerli-  
 che Wahrnehmung als Muslim\*innen, zum anderen durch  
 ihre teils davon abweichende individuelle Zugehörigkeit.  
 Diese doppelte Diskriminierung ist allerdings in Deutsch-  
 land weitestgehend unsichtbar und sorgt für erhebliche  
 Benachteiligungen, Verurteilungen und Ausgrenzungen  
 der betroffenen Gruppen. Insbesondere wenn auch wei-  
 tere intersektionale Diskriminierungsmerkmale, etwa be-  
 züglich der geschlechtlichen Identität, hinzutreten, kann  
 sich der erlebte Rassismus nochmals verstärken. Als anti-  
 rassistischer Verband müssen wir all jene Diskriminierun-  
 gen sichtbar machen und bekämpfen.

**Gegen antikurdischen Rassismus! - Mehr Sichtbarkeit für kurdisches Leben**

Besonders betroffen von doppelt unsichtbarer Diskrimi-  
 nierung sind Kurd\*innen. Kurd\*innen leben hauptsächlich  
 in der Region Kurdistan, die sich über Teile der Türkei, des  
 Iran, des Irak und Syriens erstreckt. Sie sind die größte eth-  
 nische Gruppe ohne eigenen Staat, mit einer geschätzten  
 Bevölkerung von 30 bis 35 Millionen Menschen. Kurd\*in-  
 nen sind seit Jahrhunderten mit Rassismuserfahrungen  
 konfrontiert. Im Rahmen der Studie „Diversität und Ras-  
 sismus in der Migrationsgesellschaft mit dem Fokus (Anti-  
 )kurdischer Rassismus“ sprachen die befragten Kurd\*in-  
 nen von abwertenden Blicken, Beleidigungen, Hassäuße-  
 rungen, körperlicher Gewalt, Benachteiligungen in Asyl-  
 unterkünften und am Arbeitsplatz, bis hin zu Morddro-  
 hungen. Dieser Rassismus basiert auf Stereotypisierun-  
 gen von Kurd\*innen, die ungebildet, unwissend, gewalta-  
 ffin, staatenlos oder "Wilde" seien. Diese Erfahrungen wa-  
 ren in offiziellen Statistiken jedoch unsichtbar geblieben,  
 weil diese oftmals nur die Staatsangehörigkeit erfassen.  
 Jüngst erreichte folgender antikurdischer Vorfall besonde-

49 re Aufmerksamkeit: Am 24. März 2024 kam es in der bel-  
 50 gischen Gemeinde Heusden-Zolder zu einem Angriff tür-  
 51 kischer Nationalisten auf eine kurdische Familie, die von  
 52 den Newroz-Feierlichkeiten zurückkehrte. Die Angreifer,  
 53 die den Wolfsgruß der rechtsextremen Grauen Wölfe zeig-  
 54 ten, zerstörten das Auto der Familie und versuchten, ihr  
 55 Haus in Brand zu setzen, was im letzten Moment verhin-  
 56 dert werden konnte. Mindestens sechs Menschen wurden  
 57 verletzt, einige davon schwer, und die Polizei musste mit  
 58 einem großen Aufgebot eingreifen, um die Situation unter  
 59 Kontrolle zu bringen.

60 Obwohl Kurd\*innen einer besonderen Bedrohung ausge-  
 61 setzt sind, scheint diese Gefahr in der Praxis deutscher Be-  
 62 hörden vernachlässigt zu werden. So sollten Anfang Ju-  
 63 ni zwei kurdische Frauen vom Flughafen BER in die Türkei  
 64 abgeschoben werden, wo ihnen die Kettenabschiebung in  
 65 den Iran drohte. Dank des Engagements von Pro Asyl, Da-  
 66 niela Sepehri und vieler weiterer Engagierter konnte die  
 67 Abschiebung noch kurz vor Abflug verhindert werden. Es  
 68 ist für uns vollkommen unverständlich, weshalb den zwei  
 69 Frauen die Möglichkeit verwehrt wurde, überhaupt ein re-  
 70 guläres Asylverfahren in Deutschland zu durchlaufen und  
 71 wieso in Kauf genommen wurde, dass sie Repressionen  
 72 durch das extremistische Mullah-Regime erfahren könn-  
 73 ten.

74 Es besteht ungeachtet dieses Vorfalls durchaus der Ver-  
 75 dacht, dass das Bundesamt für Migration und Flücht-  
 76 linge, kurz BAMF, kurdischstämmige Asylbewerber\*innen  
 77 benachteiligt: Eine parlamentarische Anfrage der Grup-  
 78 pe "Die Linke" von April 2024 ergab, dass türkische Volks-  
 79 zugehörige im Jahr 2023 eine bereinigte Gesamtschutz-  
 80 quote von 64,6% hatten, während kurdische Volkszuge-  
 81 hörige aus der Türkei lediglich eine Quote von 6,3% auf-  
 82 wiesen. Die "bereinigte Schutzquote" ist ein statistisches  
 83 Maß, das die tatsächliche Anerkennungsrate von Asylan-  
 84 trägen in Deutschland genauer widerspiegelt, indem es  
 85 formelle Entscheidungen aus der Berechnung ausschließt.  
 86 Diese formellen Entscheidungen umfassen Fälle, die nicht  
 87 inhaltlich geprüft werden. Auch wenn im Beispiel mög-  
 88 liche unterschiedliche Schutzgründe zu berücksichtigen  
 89 sind, ist diese geringe Annahmequote beunruhigend, da  
 90 im Jahr 2023 52.642 kurdischstämmige Türk\*innen einen  
 91 Asylantrag stellten und dieser Trend weiter steigend ist.

92 Neben Gewalterfahrungen erleben Kurd\*innen auch eine  
 93 Unsichtbarmachung ihrer Lebensrealitäten bis hin zu ei-  
 94 ner Kriminalisierung eigener politischer Aktivitäten. Kur-  
 95 dische Symbole, Vereine und Feste werden in Deutschland  
 96 regelmäßig verboten. Im Februar 2018 wurde eine De-  
 97 monstration des damaligen kurdischen Demokratischen  
 98 Gesellschaftszentrum der KurdInnen, NAV-DEM e.V., ver-  
 99 boten, da sie als Veranstalterin angeblich Teil der PKK (Par-  
 100 tiya Karkerên Kurdistanê, die "Arbeiterpartei Kurdistans",  
 101 seit 1993 in Deutschland wegen terroristischer Aktivitä-

re Aufmerksamkeit: Am 24. März 2024 kam es in der bel-  
 gischen Gemeinde Heusden-Zolder zu einem Angriff tür-  
 kischer Nationalisten auf eine kurdische Familie, die von  
 den Newroz-Feierlichkeiten zurückkehrte. Die Angreifer,  
 die den Wolfsgruß der rechtsextremen Grauen Wölfe zeig-  
 ten, zerstörten das Auto der Familie und versuchten, ihr  
 Haus in Brand zu setzen, was im letzten Moment verhin-  
 dert werden konnte. Mindestens sechs Menschen wurden  
 verletzt, einige davon schwer, und die Polizei musste mit  
 einem großen Aufgebot eingreifen, um die Situation unter  
 Kontrolle zu bringen.

Obwohl Kurd\*innen einer besonderen Bedrohung ausge-  
 setzt sind, scheint diese Gefahr in der Praxis deutscher Be-  
 hörden vernachlässigt zu werden. So sollten Anfang Ju-  
 ni zwei kurdische Frauen vom Flughafen BER in die Türkei  
 abgeschoben werden, wo ihnen die Kettenabschiebung in  
 den Iran drohte. Dank des Engagements von Pro Asyl, Da-  
 niela Sepehri und vieler weiterer Engagierter konnte die  
 Abschiebung noch kurz vor Abflug verhindert werden. Es  
 ist für uns vollkommen unverständlich, weshalb den zwei  
 Frauen die Möglichkeit verwehrt wurde, überhaupt ein re-  
 guläres Asylverfahren in Deutschland zu durchlaufen und  
 wieso in Kauf genommen wurde, dass sie Repressionen  
 durch das extremistische Mullah-Regime erfahren könn-  
 ten.

Es besteht ungeachtet dieses Vorfalls durchaus der Ver-  
 dacht, dass das Bundesamt für Migration und Flücht-  
 linge, kurz BAMF, kurdischstämmige Asylbewerber\*innen  
 benachteiligt: Eine parlamentarische Anfrage der Grup-  
 pe "Die Linke" von April 2024 ergab, dass türkische Volks-  
 zugehörige im Jahr 2023 eine bereinigte Gesamtschutz-  
 quote von 64,6% hatten, während kurdische Volkszuge-  
 hörige aus der Türkei lediglich eine Quote von 6,3% auf-  
 wiesen. Die "bereinigte Schutzquote" ist ein statistisches  
 Maß, das die tatsächliche Anerkennungsrate von Asylan-  
 trägen in Deutschland genauer widerspiegelt, indem es  
 formelle Entscheidungen aus der Berechnung ausschließt.  
 Diese formellen Entscheidungen umfassen Fälle, die nicht  
 inhaltlich geprüft werden. Auch wenn im Beispiel mög-  
 liche unterschiedliche Schutzgründe zu berücksichtigen  
 sind, ist diese geringe Annahmequote beunruhigend, da  
 im Jahr 2023 52.642 kurdischstämmige Türk\*innen einen  
 Asylantrag stellten und dieser Trend weiter steigend ist.

Neben Gewalterfahrungen erleben Kurd\*innen auch eine  
 Unsichtbarmachung ihrer Lebensrealitäten bis hin zu ei-  
 ner Kriminalisierung eigener politischer Aktivitäten. Kur-  
 dische Symbole, Vereine und Feste werden in Deutschland  
 regelmäßig verboten. Im Februar 2018 wurde eine De-  
 monstration des damaligen kurdischen Demokratischen  
 Gesellschaftszentrum der KurdInnen, NAV-DEM e.V., ver-  
 boten, da sie als Veranstalterin angeblich Teil der PKK (Par-  
 tiya Karkerên Kurdistanê, die "Arbeiterpartei Kurdistans",  
 seit 1993 in Deutschland wegen terroristischer Aktivitä-

102 ten verboten) sei. Das Verwaltungsgericht Düsseldorf er-  
 103 klärte in der Folge das Versammlungsverbot für rechts-  
 104 widrig. In Belgien gab es im April kurz nach dem Besuch  
 105 des türkischen Außenministers Razzien bei kurdischen TV-  
 106 Sendern, bei der Computer und viele technische Anlagen  
 107 mitgenommen und sabotiert wurden. Ein weiteres Bei-  
 108 spiel: Seit 1994 werden Daten zu kurdischen Vereinen auf  
 109 Veranlassung des Bundesministeriums des Innern und für  
 110 Heimat automatisch an den Verfassungsschutz und das  
 111 Bundeskriminalamt übermittelt, obwohl der diese Praxis  
 112 begründende Erlass „derzeit nicht auffindbar“ sein soll.

113 Die Kriminalisierung ist eine Fortsetzung der Unterdrückungspolitik in Deutschland, die Kurd\*innen in der Türkei erleben. Der Verdacht liegt nahe, dass die Kriminalisierung kurdischen Lebens in Deutschland aufrechterhalten wird, um die diplomatischen Beziehungen zur Türkei nicht zu gefährden. Unverständlich ist in dem Kontext, dass die Bundesregierung keinerlei Daten über antikurdischen Rassismus erhebt. Das muss sich dringend ändern! Um antikurdischen Rassismus effektiv bekämpfen zu können, bedarf es belastbarer und aussagekräftiger Daten!

#### 124 Êzîd\*innen schützen, keine Abschiebungen in den Irak!

125 Ebenso sind Êzîd\*innen maßgeblich von doppelt unsichtbarer Diskriminierung betroffen. Die Êzîd\*innen sind eine ethnisch-religiöse Gruppe, die hauptsächlich im nördlichen Irak, in Nordsyrien und in der südöstlichen Türkei lebt. Ihre Religion ist monotheistisch und vereint Elemente aus verschiedenen nahöstlichen Religionen. Sie haben ein weltliches und ein religiöses Oberhaupt, den Baba Sheikh. Antiezidischer Rassismus zeigt sich oft durch negative Zuschreibungen wie "Teufelsanbeter\*innen" oder "Ungläubige".

135 Ein besonders grausames Beispiel für antiezidischen Rassismus war der Genozid durch die Terrormiliz IS im Jahr 2014, der von der internationalen Gemeinschaft und dem deutschen Bundestag als Völkermord anerkannt wurde. Tausende Êzîd\*innen wurden getötet oder verschleppt, und viele leben noch heute in Geflüchtetenlagern. Auch Êzîd\*innen, die nach Deutschland vor dem IS geflüchtet sind, erleben in Deutschland Diskriminierungen. Beispielsweise machte erst eine Petition im Jahr 2023 darauf aufmerksam, dass im Schulunterricht regelmäßig ein Buch gelesen wird, in dem Êzîd\*innen rassistisch als "Teufelsanbeter\*innen" bezeichnet werden. Betroffene berichten darüber hinaus, dass sie auch in ihrem Alltag in Deutschland mit vielen rassistischen Zuschreibungen konfrontiert sind.

150 Tausende Êzîd\*innen sind in Deutschland akut von einer Abschiebung in den Irak bedroht, wo ihre Lebensgrundlagen bereits zerstört sind und sie der Gefahr des IS ausgesetzt sind. Deshalb unterstützen wir den offenen Brief von WADI e.V. und Pro Asyl an den Bundestag "*Abschiebung*

ten verboten) sei. Das Verwaltungsgericht Düsseldorf er-  
 klärte in der Folge das Versammlungsverbot für rechts-  
 widrig. In Belgien gab es im April kurz nach dem Besuch  
 des türkischen Außenministers Razzien bei kurdischen TV-  
 Sendern, bei der Computer und viele technische Anlagen  
 mitgenommen und sabotiert wurden. Ein weiteres Bei-  
 spiel: Seit 1994 werden Daten zu kurdischen Vereinen auf  
 Veranlassung des Bundesministeriums des Innern und für  
 Heimat automatisch an den Verfassungsschutz und das  
 Bundeskriminalamt übermittelt, obwohl der diese Praxis  
 begründende Erlass „derzeit nicht auffindbar“ sein soll.

Die Kriminalisierung ist eine Fortsetzung der Unterdrückungspolitik in Deutschland, die Kurd\*innen in der Türkei erleben. Der Verdacht liegt nahe, dass die Kriminalisierung kurdischen Lebens in Deutschland aufrechterhalten wird, um die diplomatischen Beziehungen zur Türkei nicht zu gefährden. Unverständlich ist in dem Kontext, dass die Bundesregierung keinerlei Daten über antikurdischen Rassismus erhebt. Das muss sich dringend ändern! Um antikurdischen Rassismus effektiv bekämpfen zu können, bedarf es belastbarer und aussagekräftiger Daten!

#### Êzîd\*innen schützen, keine Abschiebungen in den Irak!

Ebenso sind Êzîd\*innen maßgeblich von doppelt unsichtbarer Diskriminierung betroffen. Die Êzîd\*innen sind eine ethnisch-religiöse Gruppe, die hauptsächlich im nördlichen Irak, in Nordsyrien und in der südöstlichen Türkei lebt. Ihre Religion ist monotheistisch und vereint Elemente aus verschiedenen nahöstlichen Religionen. Sie haben ein weltliches und ein religiöses Oberhaupt, den Baba Sheikh. Antiezidischer Rassismus zeigt sich oft durch negative Zuschreibungen wie "Teufelsanbeter\*innen" oder "Ungläubige".

Ein besonders grausames Beispiel für antiezidischen Rassismus war der Genozid durch die Terrormiliz IS im Jahr 2014, der von der internationalen Gemeinschaft und dem deutschen Bundestag als Völkermord anerkannt wurde. Tausende Êzîd\*innen wurden getötet oder verschleppt, und viele leben noch heute in Geflüchtetenlagern. Auch Êzîd\*innen, die nach Deutschland vor dem IS geflüchtet sind, erleben in Deutschland Diskriminierungen. Beispielsweise machte erst eine Petition im Jahr 2023 darauf aufmerksam, dass im Schulunterricht regelmäßig ein Buch gelesen wird, in dem Êzîd\*innen rassistisch als "Teufelsanbeter\*innen" bezeichnet werden. Betroffene berichten darüber hinaus, dass sie auch in ihrem Alltag in Deutschland mit vielen rassistischen Zuschreibungen konfrontiert sind.

Tausende Êzîd\*innen sind in Deutschland akut von einer Abschiebung in den Irak bedroht, wo ihre Lebensgrundlagen bereits zerstört sind und sie der Gefahr des IS ausgesetzt sind. Deshalb unterstützen wir den offenen Brief von WADI e.V. und Pro Asyl an den Bundestag "*Abschiebung*

155 von Jesidinnen und Jesiden sofort stoppen und eine Fortset-  
 156 zung des Völkermords verhindern". Wie für alle Menschen  
 157 gilt: Deutschland darf sich nicht wegducken und muss sei-  
 158 nen humanitären Verpflichtungen nachkommen. Das be-  
 159 deutet auch, dass Deutschland sich daran beteiligen soll  
 160 die über 2000 noch immer vermissten Kinder und Frauen,  
 161 die vom IS verschleppt wurden, zu finden und zu befreien.  
 162

### 163 Antialevitischen Rassismus bekämpfen!

164 Alevit\*innen sind eine religiös-kulturelle Minderheit, die  
 165 in Anatolien seit dem 13. Jahrhundert entstanden ist. Su-  
 166 fismus und mystische Lehren, die vor allem Haci Bektasch  
 167 Veli zugeordnet werden, spielen in dieser Entwicklung ei-  
 168 ne zentrale Rolle. Aleviten beziehen sich selbst auf den  
 169 Imam Ali, den Cousin und Schwiegersohn des Propheten  
 170 Mohammed, und die Kette der zwölf Imame. Ungefähr  
 171 800.000 Alevit\*innen leben in Deutschland.

172 Antialevitischer Rassismus äußert sich durch eine pau-  
 173 schale Abwertung bzw. Abneigung gegenüber Alevit\*in-  
 174 nen. Sie werden dabei als Ungläubige betrachtet und das  
 175 Alevitentum wird nicht anerkannt. Auch Begriffe wie „li-  
 176 liberale Muslime“ oder „Teufelsanbeter“ werden genutzt,  
 177 um alevitische Personen zu diskreditieren. Mit dem Begriff  
 178 „K z lba “ (dt. Rotkopf) finden bis heute vielerlei ne-  
 179 gative Fremdzuschreibungen seitens der Mehrheitsgesell-  
 180 schaft in der Türkei statt, indem er mit sittenwidrigem Ver-  
 181 halten sowie einer Neigung zur politischen Subversion as-  
 182 soziiert wird und damit ein gesellschaftlich gemeinsames  
 183 Feindbild geschaffen wird.

184 Vor allem in der Türkei erfahren Alevit\*innen in den ver-  
 185 schiedensten Lebensbereichen Ausgrenzung und Benach-  
 186 teiligung. In der Geschichte gab es immer wieder grausame  
 187 Ereignisse, in denen sich dieser antialevitische Rassism-  
 188 us äußerte. Wie 1937/1938 Massaker in der Stadt Dersim  
 189 bei dem 60.000 Alevit\*innen umgebracht wurden, als  
 190 Antwort auf Proteste für alevitische Selbstbestimmung  
 191 und Autonomie, oder Pogrome in Malatya (1978), Kahra-  
 192 manmara (1978) und Çorum (1980), bei denen Häuser  
 193 alevitischer Menschen mit roten Kreuzen markiert wur-  
 194 den um sie leichter verfolgen, diskriminieren und töten  
 195 zu können. Oder das Sivas-Massaker 1993, ein Brandan-  
 196 schlag auf eine alevitische Kulturtagung in einem örtli-  
 197 chen Hotel, bei dem 35 Menschen ums Leben kamen. Be-  
 198 zeichnend ist hier, dass das Massaker über acht Stunden  
 199 im Live-TV ausgestrahlt wurde, es aber zu keiner öffentli-  
 200 chen Einschreitung oder Opferhilfe kam. Außerdem ließen  
 201 staatliche Institutionen wie Polizei und Feuerwehr oder  
 202 Kommunalpolitiker\*innen den angreifenden Mob stunden-  
 203 lang gewähren.

204 Auch in Deutschland kommt es regelmäßig zu Vorfäl-  
 205 len antialevitischen Rassismus: So wurden im Jahr 2012  
 206 alevitische Gemeinden und Häuser sowohl in der Türkei  
 207 als auch in Deutschland als Einschüchterung systema-

von Jesidinnen und Jesiden sofort stoppen und eine Fortset-  
 zung des Völkermords verhindern". Wie für alle Menschen  
 gilt: Deutschland darf sich nicht wegducken und muss sei-  
 nen humanitären Verpflichtungen nachkommen. Das be-  
 deutet auch, dass Deutschland sich daran beteiligen soll  
 die über 2000 noch immer vermissten Kinder und Frauen,  
 die vom IS verschleppt wurden, zu finden und zu befreien.

### Antialevitischen Rassismus bekämpfen!

Alevit\*innen sind eine religiös-kulturelle Minderheit, die  
 in Anatolien seit dem 13. Jahrhundert entstanden ist. Su-  
 fismus und mystische Lehren, die vor allem Haci Bektasch  
 Veli zugeordnet werden, spielen in dieser Entwicklung ei-  
 ne zentrale Rolle. Aleviten beziehen sich selbst auf den  
 Imam Ali, den Cousin und Schwiegersohn des Propheten  
 Mohammed, und die Kette der zwölf Imame. Ungefähr  
 800.000 Alevit\*innen leben in Deutschland.

Antialevitischer Rassismus äußert sich durch eine pau-  
 schale Abwertung bzw. Abneigung gegenüber Alevit\*in-  
 nen. Sie werden dabei als Ungläubige betrachtet und das  
 Alevitentum wird nicht anerkannt. Auch Begriffe wie „li-  
 liberale Muslime“ oder „Teufelsanbeter“ werden genutzt,  
 um alevitische Personen zu diskreditieren. Mit dem Begriff  
 „K z lba “ (dt. Rotkopf) finden bis heute vielerlei ne-  
 gative Fremdzuschreibungen seitens der Mehrheitsgesell-  
 schaft in der Türkei statt, indem er mit sittenwidrigem Ver-  
 halten sowie einer Neigung zur politischen Subversion as-  
 soziiert wird und damit ein gesellschaftlich gemeinsames  
 Feindbild geschaffen wird.

Vor allem in der Türkei erfahren Alevit\*innen in den ver-  
 schiedensten Lebensbereichen Ausgrenzung und Benach-  
 teiligung. In der Geschichte gab es immer wieder grausame  
 Ereignisse, in denen sich dieser antialevitische Rassism-  
 us äußerte. Wie 1937/1938 Massaker in der Stadt Dersim  
 bei dem 60.000 Alevit\*innen umgebracht wurden, als  
 Antwort auf Proteste für alevitische Selbstbestimmung  
 und Autonomie, oder Pogrome in Malatya (1978), Kahra-  
 manmara (1978) und Çorum (1980), bei denen Häuser  
 alevitischer Menschen mit roten Kreuzen markiert wur-  
 den um sie leichter verfolgen, diskriminieren und töten  
 zu können. Oder das Sivas-Massaker 1993, ein Brandan-  
 schlag auf eine alevitische Kulturtagung in einem örtli-  
 chen Hotel, bei dem 35 Menschen ums Leben kamen. Be-  
 zeichnend ist hier, dass das Massaker über acht Stunden  
 im Live-TV ausgestrahlt wurde, es aber zu keiner öffentli-  
 chen Einschreitung oder Opferhilfe kam. Außerdem ließen  
 staatliche Institutionen wie Polizei und Feuerwehr oder  
 Kommunalpolitiker\*innen den angreifenden Mob stunden-  
 lang gewähren.

Auch in Deutschland kommt es regelmäßig zu Vorfäl-  
 len antialevitischen Rassismus: So wurden im Jahr 2012  
 alevitische Gemeinden und Häuser sowohl in der Türkei  
 als auch in Deutschland als Einschüchterung systema-

208 tisch mit Kreuzen gebrandmarkt und durch Vandalismus  
 209 beschädigt. Ebenso gab es in jüngster Zeit rassistische  
 210 Schmierereien an Wohnhäusern alevitischer Familien, et-  
 211 wa 2023 in Bad Kreuznach oder Anfang 2024 in Völklingen.

212

213 **Gegen faschistische Ideologien! - Minderheiten schützen**

214 All diese Gruppierungen sind Minderheiten in der Minder-  
 215 heit und mit eigenen Formen des Rassismus konfrontiert.  
 216 Ihre Bedrohungslage ist akut und gegenwärtig:

217 Zuletzt offenbarte sich dies bei der Europameisterschaft  
 218 im Fußball. Der türkische Nationalspieler Merih Demir-  
 219 al zeigte beim Spiel gegen Österreich den rechtsextre-  
 220 men Wolfsgruß - ausgerechnet am Jahrestag des Brand-  
 221 anschlags von Sivas. Wenn man die Hintergründe die-  
 222 ses Grußes nicht kennt, mag er zunächst harmlos er-  
 223 scheinen. Doch der Wolfsgruß stammt tief aus der Ver-  
 224 gangenheit und ist ein Symbol des Rechtsextremismus,  
 225 von dem sich Kurd\*innen, Alevit\*innen, Êzîd\*innen und  
 226 Jüdinnen\*Juden bedroht fühlen und bedroht sind. Die  
 227 Handgeste dient als Erkennungszeichen der rechtsextre-  
 228 men türkischen Bewegung der "Grauen Wölfe" (Türkisch:  
 229 „Bozkurtlar“). Diese Bewegung vertritt eine faschistische,  
 230 rassistische und antisemitische Ideologie und ist bekannt  
 231 für ihren extremen Nationalismus. Ihre Hauptfeindbilder  
 232 sind Kurd\*innen, aber auch Alevit\*innen, Jüdinnen\*Juden,  
 233 Armenier\*innen und Êzîd\*innen gehören dazu. Die Hand-  
 234 geste imitiert den Kopf eines Wolfes, wobei der Zeige-  
 235 finger und der kleine Finger, die Ohren und der Daumen  
 236 sowie der Mittel- und der Ringfinger die Schnauze for-  
 237 men. Der Wolfsgruß wird oft als Ausdruck der Zugehörig-  
 238 keit oder Sympathie mit dieser Bewegung verwendet. In  
 239 Deutschland ist die Geste nicht verboten.

240 Wir fordern das Verbot der Ülkücü-Bewegung (Deutsch:  
 241 Nationalisten, weitere Selbstbezeichnung der Grauen-  
 242 Wölfe-Bewegung) in Deutschland, die eine ständige und  
 243 akute Bedrohung für Minderheiten verursacht. Ebenso  
 244 fordern wir das Verbot des Wolfsgrußes, welcher als Er-  
 245 kennungszeichen dieser Bewegung gilt.

246 Wir werden uns unermüdlich dafür einsetzen, jegliche  
 247 Form von Rassismus und Diskriminierung gegenüber  
 248 Kurd\*innen, Êzîd\*innen, Alevit\*innen und weiteren von  
 249 doppelten Diskriminierungen betroffenen Gruppen zu be-  
 250 kämpfen, stellen uns solidarisch an die Seite der Betroffe-  
 251 nen und positionieren uns gegen jene Personen und Re-  
 252 gime, die Formen der doppelten Diskriminierung verur-  
 253 sachen und weiter aufrechterhalten. Als antirassistischer  
 254 und internationalistischer Verband ist für uns jegliche  
 255 Form von Ausgrenzung und Diskriminierung verwerflich.

256 **Deswegen fordern wir:**

- 257 • das Verbot der Graue-Wölfe-Bewegung und des
- 258 Wolfsgrußes
- 259 • einen Stopp der Kriminalisierung kurdischen Lebens
- 260 und Aktivismus in Deutschland

tisch mit Kreuzen gebrandmarkt und durch Vandalismus  
 beschädigt. Ebenso gab es in jüngster Zeit rassistische  
 Schmierereien an Wohnhäusern alevitischer Familien, et-  
 wa 2023 in Bad Kreuznach oder Anfang 2024 in Völklingen.

**Gegen faschistische Ideologien! - Minderheiten schützen**

All diese Gruppierungen sind Minderheiten in der Minder-  
 heit und mit eigenen Formen des Rassismus konfrontiert.  
 Ihre Bedrohungslage ist akut und gegenwärtig:

Zuletzt offenbarte sich dies bei der Europameisterschaft  
 im Fußball. Der türkische Nationalspieler Merih Demir-  
 al zeigte beim Spiel gegen Österreich den rechtsextre-  
 men Wolfsgruß - ausgerechnet am Jahrestag des Brand-  
 anschlags von Sivas. Wenn man die Hintergründe die-  
 ses Grußes nicht kennt, mag er zunächst harmlos er-  
 scheinen. Doch der Wolfsgruß stammt tief aus der Ver-  
 gangenheit und ist ein Symbol des Rechtsextremismus,  
 von dem sich Kurd\*innen, Alevit\*innen, Êzîd\*innen und  
 Jüdinnen\*Juden bedroht fühlen und bedroht sind. Die  
 Handgeste dient als Erkennungszeichen der rechtsextre-  
 men türkischen Bewegung der "Grauen Wölfe" (Türkisch:  
 „Bozkurtlar“). Diese Bewegung vertritt eine faschistische,  
 rassistische und antisemitische Ideologie und ist bekannt  
 für ihren extremen Nationalismus. Ihre Hauptfeindbilder  
 sind Kurd\*innen, aber auch Alevit\*innen, Jüdinnen\*Juden,  
 Armenier\*innen und Êzîd\*innen gehören dazu. Die Hand-  
 geste imitiert den Kopf eines Wolfes, wobei der Zeige-  
 finger und der kleine Finger, die Ohren und der Daumen  
 sowie der Mittel- und der Ringfinger die Schnauze for-  
 men. Der Wolfsgruß wird oft als Ausdruck der Zugehörig-  
 keit oder Sympathie mit dieser Bewegung verwendet. In  
 Deutschland ist die Geste nicht verboten.

Wir fordern das Verbot der Ülkücü-Bewegung (Deutsch:  
 Nationalisten, weitere Selbstbezeichnung der Grauen-  
 Wölfe-Bewegung) in Deutschland, die eine ständige und  
 akute Bedrohung für Minderheiten verursacht. Ebenso  
 fordern wir das Verbot des Wolfsgrußes, welcher als Er-  
 kennungszeichen dieser Bewegung gilt.

Wir werden uns unermüdlich dafür einsetzen, jegliche  
 Form von Rassismus und Diskriminierung gegenüber  
 Kurd\*innen, Êzîd\*innen, Alevit\*innen und weiteren von  
 doppelten Diskriminierungen betroffenen Gruppen zu be-  
 kämpfen, stellen uns solidarisch an die Seite der Betroffe-  
 nen und positionieren uns gegen jene Personen und Re-  
 gime, die Formen der doppelten Diskriminierung verur-  
 sachen und weiter aufrechterhalten. Als antirassistischer  
 und internationalistischer Verband ist für uns jegliche  
 Form von Ausgrenzung und Diskriminierung verwerflich.

**Deswegen fordern wir:**

- das Verbot der Graue-Wölfe-Bewegung und des
- Wolfsgrußes
- ein generelles Abschiebeverbot und einen besonde-  
 ren Schutz für Êzîd\*innen, insbesondere für geplan-

- 261 • ein generelles Abschiebeverbot und einen besonde-  
262 ren Schutz für Êzîd\*innen, insbesondere für geplan-  
263 te Abschiebungen in den Irak
- 264 • eine ständige Datenerhebung durch das BMI über  
265 rassistische Vorfälle, welche doppelt unsichtbare  
266 Diskriminierungsmerkmale erfassen
- 267 • die Förderung und Finanzierung von Beratungsstel-  
268 len, die doppelt unsichtbare Diskriminierungsmerk-  
269 male bekämpfen, wie die „Informationsstelle anti-  
270 kurdischer Rassismus“
- 271 • die Abschaffung von Flughafenverfahren
- 272 • Das grundsätzliche Verbot von Abschiebungen in  
273 den Iran, insbesondere von Personen, die an den re-  
274 gimekritischen Protesten teilgenommen haben.
- 275
- te Abschiebungen in den Irak
- eine ständige Datenerhebung durch das BMI über rassistische Vorfälle, welche doppelt unsichtbare Diskriminierungsmerkmale erfassen
  - die Förderung und Finanzierung von Beratungsstellen, die doppelt unsichtbare Diskriminierungsmerkmale bekämpfen, wie die „Informationsstelle anti-kurdischer Rassismus“
  - die Abschaffung von Flughafenverfahren
  - Das grundsätzliche Verbot von Abschiebungen in den Iran, insbesondere von Personen, die an den regimekritischen Protesten teilgenommen haben.